

## Niederschrift der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 21.02.2019

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19:20 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Bärwolff
<b>Schriftführerin:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 17.01.2019	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Bestätigung der Entwurfsplanung - Komplexmaßnahme Pappelstiege Büßleben BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes hinzugezogen: Ortsteilbürgermeisterin Büßleben	<b>0169/19</b>

- 4.1.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Büßleben zur DS 0361/19  
0169/19 - Bestätigung der Entwurfsplanung - Kom-  
plexmaßnahme Pappelstieg Büßleben  
BE: Ortsteilbürgermeisterin Büßleben  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Radverkehr in der 0343/19  
Bonifaciusstraße  
BE: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 4.3. Dringliche Informationsaufforderung - Vorplanungen 0356/19  
Radwege  
BE: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 4.4. Dringliche Informationsaufforderung - Haushaltsmittel 0357/19  
für Straßen, Radwege und Fußwege  
BE: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates
- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 2571/18  
19.12.2018  
Clara-Zetkin-Straße  
BE: Fragesteller Fraktion SPD, Frau Dr. Klisch  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 5.2. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 2593/18  
19.12.2018  
Bäume Rathausbrücke  
BE: Fragesteller Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,  
Herr Stampf  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 5.3. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 2597/18  
19.12.2018  
Schadstoffarme Busse  
BE: Fragesteller Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr  
Prof. Dr. Thumfart  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr, Vor-  
stand Erfurter Verkehrsbetriebe AG

- 5.4. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 19.12.2018 **2602/18**  
 Dringliche Anfrage - Pachtverträge für die Kleingartenanlage "Erika" in 99092 Erfurt-Marbach  
 BE: Fragestellerin Ortsteilbürgermeisterin Ortsteil Marbach  
 hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 5.5. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 06.02.2019 **0253/19**  
 Dringliche Anfrage - Baumfällungen in der Arnstädter Straße  
 BE: Fragesteller Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer  
 hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 5.5.1. Festlegung aus der Sitzung des StR vom 06.02.2019 zum TOP 7.1.2 (DS 0253/19 - Dringliche Anfrage - Baumfällungen in der Arnstädter Straße) - aktueller Sachstand **0289/19**  
 BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Gutenbergstraße - Variantenuntersuchung **1545/18**  
 BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung
- 6.2. Bestätigung der Entwurfsplanung - Komplexobjekt Azmannsdorfer Straße Linderbach **1866/18**  
 BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes  
 hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Linderbach
- 6.3. Straßenbau Karlstraße - Bestätigung der Entwurfsplanung **2215/18**  
 BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der öff. Sitzung BuV vom 15.11.2018 zur DS 1397/18 "Konzeptstudie zur Einordnung von Radverkehrsanlagen in der Thälmannstraße/ Liebknechtstraße" **2412/18**  
 BE: Beigeordneter Kultur und Stadtentwicklung

- 7.2. Festlegung aus der öff. Sitzung BuV vom 17.01.2019 zum TOP 6.2 - Skateranlage Erfurt Süd-Ost **0110/19**  
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt  
hinzugezogen: Vertreter der Beteiligungsstruktur Erfurt - BÄMM, Vertreter der Erfurter Rollrunde e. V.
8. Informationen
- 8.1. Beschlusskontrolle zur DS 0463/18 - Verstärkte Umsetzung des VEP-Radverkehr (Verkehrsentwicklungsplan-Radverkehr) **0172/19**  
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes
- 8.2. Sonstige Informationen

1.           **Eröffnung und Begrüßung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., eröffnete die öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste.

2.           **Änderungen zur Tagesordnung**

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

- Tagesordnungspunkt 2.1 –DS 0169/19  
"Dringliche Entscheidungsvorlage der Verwaltung - Bestätigung der Entwurfsplanung - Komplexmaßnahme Pappelstieg Büßleben"  
Nach Abstimmung über die Dringlichkeit, welche einstimmig bestätigt wurde, wurde vorgeschlagen, die Drucksache unter dem TOP 4.1 Dringliche Angelegenheiten einzuordnen.
- Tagesordnungspunkt 2.2 – DS 0343/19  
"Dringliche Informationsaufforderung - Radverkehr in der Bonifaciusstraße" von Herrn Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.  
Nach Abstimmung über die Dringlichkeit, welche einstimmig bestätigt wurde, wurde vorgeschlagen, die Drucksache unter dem TOP 4.2 Dringliche Angelegenheiten einzuordnen.
- Tagesordnungspunkt 2.3 – DS 0356/19  
"Dringliche Informationsaufforderung – Vorplanungen Radwege" von Herrn Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.  
Nach Abstimmung über die Dringlichkeit, welche einstimmig bestätigt wurde, wurde vorgeschlagen, die Drucksache unter dem TOP 4.3 Dringliche Angelegenheiten einzuordnen.
- Tagesordnungspunkt 2.4 – DS 0357/19  
"Dringliche Informationsaufforderung – Haushaltsmittel für Straßen Radwege und Fußwege" von Herrn Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.  
Nach Abstimmung über die Dringlichkeit, welche einstimmig bestätigt wurde, wurde vorgeschlagen, die Drucksache unter dem TOP 4.4 Dringliche Angelegenheiten einzuordnen.

- Außerdem lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.3 "Schadstoffarme Busse" (DS 2597/18) vor.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor, daher ließ der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Alle Ausschussmitglieder stimmten mit ja.

### **3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 17.01.2019**

Die Niederschrift wurde wie folgt

**genehmigt**

**Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **4. Dringliche Angelegenheiten**

#### **4.1. Bestätigung der Entwurfsplanung - Komplexmaßnahme 0169/19 Pappelstieg Büßleben BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes hinzugezogen: Ortsteilbürgermeisterin Büßleben**

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes wies erneut darauf hin, dass der Abriss der Brücke "Zur Trolle" nicht Gegenstand der Drucksache 0169/19 ist.

Die Ortsteilbürgermeisterin Büßleben forderte, dass dieses Thema endlich konkretisiert wird und erkundigte sich, wann diese Maßnahme realisiert wird.

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes erklärte, dass hierfür frühestens im Jahr 2020 Mittel beantragt werden können.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte Nachfragen zu den geplanten Baumfällungen.

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes betonte, dass es Gründe gibt, warum diese Bäume gefällt werden müssen und sicherte die Nachreichung einer schriftlichen Begründung zu.

Daher erging folgende Festlegung.

Im Zusammenhang mit der Komplexmaßnahme Pappelstieg Büßleben sind Baumfällungen geplant. Es wird um schriftliche Begründung gebeten, warum diese Bäume nicht erhalten werden können.	DS 0373/19
V: Beigeordneter für Bau und Verkehr	
T: 04.04.2019	

Es gab keine weiteren Fragen oder Anmerkungen, daher ließ der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., zunächst über den Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag DS 0361/19 (Ergänzung im Sachverhalt der Ursprungsdrucksache) mit folgendem Ergebnis abstimmen:

beschlossen

ja 9 nein 0 enthalten 0 befangen 0

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über die DS 0169/19 einschließlich der beschlossenen Änderung mit folgendem Ergebnis abstimmen:

**mit Änderungen beschlossen**

**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

**Beschluss**

**Der Bau- und Verkehrsausschuss beschließt die Entwurfsplanung für die Verkehrsanlagen der Komplexmaßnahme Pappelstieg in Büßleben (entsprechend der Anlagen 1 - 2<sup>1</sup>).**

**4.1.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Büßleben zur DS 0361/19  
0169/19 - Bestätigung der Entwurfsplanung - Komplexmaßnahme Pappelstieg Büßleben  
BE: Ortsteilbürgermeisterin Büßleben  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr**

Siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

**beschlossen**

**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

---

redaktionelle Anmerkung

<sup>1</sup> Die Anlagen 1-2 sind der Niederschrift als Anlagen 1-2 beigelegt.



## 5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 19.12.2018 2571/18  
Clara-Zetkin-Straße  
BE: Fragesteller Fraktion SPD, Frau Dr. Klisch  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erkundigte sich, ob die Fahrbahndecke der Clara-Zetkin-Straße nach den Maßnahmen erneuert wird, da diese doch sehr sanierungsbedürftig ist. Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes antwortete, dass die Fahrbahn voraussichtlich im Jahr 2021/2022 instandgesetzt wird.

Herr Dr. Warweg fragte, ob die Anwohner/Bürger davon in Kenntnis gesetzt werden. Dies wurde bejaht. Weiterhin fragte er, ob die Gehwege ebenfalls erneuert werden. Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes teilte mit, dass man noch nach vernünftigen Lösungen suche.

Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE., äußerte Bedenken, da diese Straße die einzige Zufahrt zum Herrenberg ist. Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., wollte wissen, ob der Straßenraum in Gänze erhalten bleibt. Herr Kallenbach, Fraktion CDU, hatte weitere Fragen zum Radweg. Die Fragen wurden durch einen Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung beantwortet.

Die Drucksache wurde

**zur Kenntnis genommen**

- 5.2. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 19.12.2018 2593/18  
Bäume Rathausbrücke  
BE: Fragesteller Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,  
Herr Stampf  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, führte kurz zusammenfassend aus. Der Bürgerinitiative Rathausbrücke " Stadtbäume statt Leerräume" wurden damals 300.000 EUR für Baumpflanzungen in Ausschicht gestellt (Einigung Verwaltungsgericht Weimar am 25.11.2015).

Er fragte nach dem aktuellen Stand der Umsetzung.

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr erläuterte, dass man beim damaligen Vergleich die Hoffnung hatte, dies auch realisieren zu können. Leider sei es nun aber an vielen Stellen in

der Stadt nicht möglich, weitere Bäume zu pflanzen. Die Stadtverwaltung Erfurt würde durchaus gern mehr Bäume pflanzen.

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes informierte, dass man die letzten Jahre gemeinsam mit der Bürgerinitiative viele Gespräche geführt habe und man jeden einzelnen Standortvorschlag gemeinsam mit den Stadtwerken, in aufwändigen Verfahren für jeden einzelnen Vorschlag, abgeklärt hätte.

Herr Stampf rügte die Verwaltung in diesem Zusammenhang. Man hätte dem Bau- und Verkehrsausschuss längst mitteilen müssen, dass die Umsetzung des Vergleichs so nicht machbar ist.

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes sicherte zu, dass es eine genauere Information über die Einigung mit der Bürgerinitiative geben wird.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies auf die Problematik hin, dass es mittlerweile sehr schwierig ist, in der Stadt Bäume nachzupflanzen aufgrund der unterirdischen Infrastruktur.

Er war der Meinung, dass man sich damit auseinandersetzen muss – wie man trotz unterirdischem Leitungsbestand weitere Bäume pflanzen kann.

Herr Herb, sachkundiger Bürger, vertrat die Meinung, dass man doch dann lieber außerhalb der Innenstadt Bäume pflanzen sollte, als gar keine.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., war ebenfalls der Meinung, dass man hier Lösungen finden muss.

Die Drucksache wurde

**zur Kenntnis genommen**

5.3.	<b>Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 19.12.2018 Schadstoffarme Busse BE: Fragesteller Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Prof. Dr. Thumfart hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr, Vor- stand Erfurter Verkehrsbetriebe AG</b>	<b>2597/18</b>
------	--	----------------

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

**vertagt**

- 5.4. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 19.12.2018 2602/18  
Dringliche Anfrage - Pachtverträge für die Kleingartenanlage "Erika" in 99092 Erfurt-Marbach  
BE: Fragestellerin Ortsteilbürgermeisterin Ortsteil Marbach  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Die Drucksache wurde

**zur Kenntnis genommen**

- 5.5. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 06.02.2019 0253/19  
Dringliche Anfrage - Baumfällungen in der Arnstädter Straße  
BE: Fragesteller Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Beantwortung und äußerte, dass einige Missverständnisse nicht entstanden wären, wenn die Verwaltung vorher über das Ganze informiert hätte. Er sprach sich für die Umsetzung der Baumaßnahme aus und konnte auch nachvollziehen, warum die Bäume gefällt werden müssen. Er attestierte der Verwaltung in diesem Falle einen sensiblen Umgang mit der Baumthematik. Die Drucksache wurde

**zur Kenntnis genommen**

- 5.5.1. Festlegung aus der Sitzung des StR vom 06.02.2019 zum TOP 7.1.2 (DS 0253/19 - Dringliche Anfrage - Baumfällungen in der Arnstädter Straße) - aktueller Sachstand 0289/19  
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Siehe Tagesordnungspunkt 5.5.

**zur Kenntnis genommen**

## 6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

### 6.1. Gutenbergstraße - Variantenuntersuchung 1545/18 BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Herr Schlisio, sachkundiger Bürger, äußerte sich positiv zur Variante 1. Er hatte Bedenken bei den Sicherheitsabständen zu den Autos und machte einen Vorschlag, der aus Sicherheitsaspekten besser wäre.

Ein Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung erklärte, dass es sich hierbei nur um eine Variantenuntersuchung handelt und im weiteren Verlauf des Verfahrens (Ausführungsplanung) dann weiter geprüft wird, wie die Umsetzung effektiver gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang erläuterte er auch, warum die Variante 1 bevorzugt wird.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Bürger informiert werden. Eine Informationsveranstaltung ist angedacht. Nach dieser Veranstaltung, ist ebenfalls noch einmal eine Bewertung aller Varianten vorgesehen.

Herr Herb, sachkundiger Bürger, ließ sich erklären, warum die Variante 2 nicht bevorzugt wird und machte Vorschläge, wie man die Parkplätze eventuell anders ausrichten könnte. Der Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung erklärte, warum es so nicht umsetzbar ist (Rettungswegeproblematik).

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN wies darauf hin, dass ca. 8 Stellplätze wegfallen werden und machte darauf aufmerksam, dass der Parkdruck immer höher wird. Er war der Meinung, dass man sich unbedingt mit den Anwohnern beraten sollte.

Der Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung erklärte, dass durch die bevorzugte Variante 1 ein besseres Parken möglich sein wird. Es wird viel strukturierter sein, als zuvor das ungeordnete und teilweise verkehrswidrige Parken auf den Fußwegen. Dies werde aber im Rahmen der Bürgerbeteiligung noch diskutiert werden.

Herr Warnecke, Fraktion SPD, fragte, warum man von 2-spurig auf einspurig wechselt und wie sich der Abfluss des Verkehrs so verringern soll. Der Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung benannte die Gründe für die gewählten Planungsvarianten (einspurige Führung entspricht dem Standard, keine Bemessung nach Spitzenbelastung, vertretbare Variante).

Im Laufe der weiteren Diskussion über die Varianten, insbesondere zur Thematik Stellplätze und Radwegvarianten, äußerte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, dass man s. E. der Variante 1 zustimmen sollte. Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung wies ebenfalls nochmal darauf hin, dass diese Radwegvariante sehr wichtig ist.

Herr Herb, sachkundiger Bürger, sprach sich auch für die Variante 1 aus und meinte, dass er mit seiner vorherigen Befragung nur noch einmal sicher gehen bzw. ausschließen wollte, dass es nicht doch eine bessere Variante gibt.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob hier bisher der ÖPNV berücksichtigt wurde. Der Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung antwortete, dass der ÖPNV weiterhin Berücksichtigung findet.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkundigte sich nach dem Zeitplan.

Weitere Anmerkungen gab es nicht, daher stellte der Ausschussvorsitzende die Drucksache mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

**beschlossen**

**Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0**

**Beschluss**

Die Querschnittsvariante 01 (Anlage 1<sup>2</sup>) wird als Vorzugsvariante beschlossen und stellt die Planungsgrundlage für die Straßenraumumgestaltung im Zuge der anstehenden Bau- maßnahme in der Gutenbergsstraße dar.

**6.2. Bestätigung der Entwurfsplanung - Komplexobjekt Az- 1866/18  
mannsdorfer Straße Linderbach  
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes  
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Linderbach**

Es gab keine Fragen. Daher stellte der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., die Drucksache mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

**beschlossen**

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss**

Der Bau- und Verkehrsausschuss beschließt die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für den grundhaften Straßenbau des Komplexobjektes Azmannsdorfer Straße in Linderbach (entsprechend Anlage1 und 2<sup>3</sup>)

---

redaktionelle Anmerkung

<sup>2</sup> Die Anlage 1 wird der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

redaktionelle Anmerkung

<sup>3</sup> Die Anlagen 1-2 werden der Niederschrift als Anlagen 4-5 beigefügt.

**6.3. Straßenbau Karlstraße - Bestätigung der Entwurfsplanung 2215/18**  
**BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes**

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., fragte, was aus der eigentlich geplanten Parkpalette geworden ist.

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr erklärte, warum diese Planung verworfen wurde. Es hätten viel zu viele Bäume gefällt werden müssen. Außerdem hätte die Parkpalette aus immissionsschutzrechtlichen Gründen von allen Seiten verschlossen sein müssen und das hätte den gestalterischen Anforderungen in diesem Gebiet nicht entsprochen. Er wies darauf hin, dass das maximal verträgliche an Stellplätzen umgesetzt wird.

Weitere Anmerkungen gab es nicht – die Drucksache wurde mit folgendem Ergebnis

**beschlossen**

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss**

**Der Bau – und Verkehrsausschuss beschließt die Entwurfsplanung für das Vorhaben Straßenbau Karlstraße (entsprechend Anlage 1 und 2<sup>4</sup>).**

**7. Festlegungen des Ausschusses**

**7.1. Festlegung aus der öff. Sitzung BuV vom 15.11.2018 zur 2412/18**  
**DS 1397/18 "Konzeptstudie zur Einordnung von Radverkehrsanlagen in der Thälmannstraße/ Liebknechtstraße"**  
**BE: Beigeordneter Kultur und Stadtentwicklung**

Da der Arbeitskreis Radverkehr am 20.02.2019 nicht stattfand und daher nicht , wie angekündigt, mündlich berichtet werden konnte, wurde die Drucksache vertagt und bis zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Bau und Verkehr soll die Stellungnahme schriftlich erfolgen.

**vertagt**

---

redaktionelle Anmerkung

<sup>4</sup> Die Anlagen 1-2 werden der Niederschrift als Anlagen 6-7 beigefügt.

**7.2. Festlegung aus der öff. Sitzung BuV vom 17.01.2019 zum 0110/19  
TOP 6.2 - Skateranlage Erfurt Süd-Ost  
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt  
hinzugezogen: Vertreter der Beteiligungsstruktur Erfurt -  
BÄMM, Vertreter der Erfurter Rollrunde e. V.**

Zur Thematik waren ein Vertreter der Beteiligungsstruktur Erfurt sowie einige betroffene Nachbarn anwesend.

Daher wurde zunächst über das Rederecht für die Gäste abgestimmt, welches durch die Ausschussmitglieder einstimmig erteilt wurde.

Einer der betroffenen Nachbarn meldete sich zu Wort. Er äußerte sich verwundert darüber, dass es ein Gutachten gibt und man dann aus der Zeitung erfahren muss, dass man sich über das Gutachten hinweg setzen will.

Er fragte außerdem nach, wer für die Planung der Skateranlage verantwortlich sei – die Stadt Erfurt oder die Erfurter Rollrunde e. V.? Weiterhin wurde gefragt, warum auf den Lärmschutz verzichtet werden soll und warum die umliegenden Nachbarn bisher nicht in die Thematik involviert wurden.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes erläuterte die Vorgeschichte sowie die Gründe und Inhalte des Gutachtens.

Das Garten- und Friedhofsamt plante den dort bereits vorhandenen Spielplatz umzugestalten. Das Gutachten wurde beauftragt um die derzeit herrschende Situation zu bewerten. Das Ergebnis des Gutachtens war, dass diese Planung soweit fortgeführt werden kann. Danach wollte man schauen, ob das Machbare mit den Wünschen der Erfurter Rollrunde e. V. übereinkommt.

Herr Bärwolff, erklärte, wie die Idee bzw. Planung dieser Skateranlage überhaupt zustande kam und seine Intension zur getroffenen Festlegung (DS 0110/19).

Er erläuterte die Schwierigkeiten, Frei- und Spielräume für Kinder und Jugendliche in Erfurt zu schaffen. Wenn man eine Lärmschutzwand errichten müsste, dann bliebe nichts von dem Geld für die eigentlich geplante Skateranlage übrig.

Herr Metz, Fraktion SPD, wies die betroffenen Nachbarn und die Ausschussmitglieder auf die große Kompromissbereitschaft der Erfurter Rollrunde e. V. hin.

Er gab den dringenden Ratschlag, dass sich die Nachbarn mit der Erfurter Rollrunde zusammensetzen sollten um auch eventuelle Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Die Erfurter Rollrunde e. V und die Jugendlichen wollen keine Profianlage.

Ein betroffener Nachbar konnte nicht nachvollziehen, warum dieses Gebiet so verdichtet werden muss.

Herr Bärwolff machte die Nachbarn darauf aufmerksam, dass es sich hier um einen bereits vorhandenen Spielplatz handelt, der lediglich ertüchtigt werden soll.

Der Vertreter der Beteiligungsstruktur informierte, dass die Jugendlichen sich gewünscht hatten, gemeinsam mit der Erfurter Rollrunde e. V. hier etwas zu planen. Der vorhandene Platz ist nun mal der Anlaufpunkt für viele Jugendliche.

Außerdem sei die jetzt vorhandene Half-Pipe aus Holz viel lauter als eine neue Half-Pipe die heutzutage ganz andere Standards erfüllt. Das Geld, welches für die Anlage zur Verfügung gestellt würde, sollte auch sinnvoll genutzt werden, daher ist die Beteiligung aller gewünscht.

Er betonte, dass seitens der Beteiligungsstruktur und der Erfurter Rollrunde e. V. weiterhin die Bereitschaft für gemeinsame Gespräche mit allen betroffenen Nachbarn vorhanden ist.

Einer der Nachbarn teilte mit, dass man auch nicht vor weiteren gerichtlichen Schritten zurückschrecken würde.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, war nicht gegen den Bau einer Skateranlage aber er betonte, dass man sich an Grundsätze halten muss. Der Lärmschutz muss eingehalten werden. Im Gutachten wurden einige Vorschläge gemacht und s. E. sollte man diese dann auch umsetzen. Er hinterfragte die planungsrechtliche Zulässigkeit.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes verwies erneut darauf, dass es sich hier um eine Gemengelage handelt und diese würde wie ein Mischgebiet betrachtet werden. Er wies auf die Unterschiedlichkeit der planungsrechtlichen wie immissionsschutzrechtlichen Betrachtung des Vorhabens hin. Die tatsächliche Lage und tatsächliche Nutzung seien sozusagen zwei Paar Schuhe und man muss abwägen auf welche Werte man abstellt.

Er verwies auch auf den benachbarten Bolzplatz – hier werden die Lärmschutzwerte schon überschritten.

Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE., betonte, dass zu wenig für die Jugend getan wird und wie wichtig dieser Platz für die Jugend ist. Man muss der Jugend was bieten und diese beschäftigen, sonst geraten sie womöglich noch auf die schiefe Bahn.

Einer der Nachbarn bat die Verwaltung und die Ausschussmitglieder um nochmalige ernsthafte Begutachtung der Situation. Man wolle die Anlage nicht verhindern, aber man verlangt definitiv, dass Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden, auch für das anliegende Wohngebiet.

Die betroffenen Nachbarn hatten sich auch vergleichbare Anlagen angeschaut.

Beim Johannesfeld zum Beispiel wurde eine 4 m hohe und 50 cm dicke Lärmschutzwand errichtet und daher könne man nicht nachvollziehen, warum man das bei dieser Skateranlage nicht umsetzen will.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes informierte, dass die höchsten Werte am Caravanplatz entstehen werden. Er versuchte die rechtlichen Hintergründe auch zum Standort Johannesfeld zu vermitteln.

Herr Metz, Fraktion SPD, äußerte, dass es schwierig sei die rechtlichen Hintergründe den Bürgern zu vermitteln. Er appellierte erneut, dass sich alle Betroffenen an einen Tisch setzen sollen.

Die Angst der Bürger ist nicht das Skaterfahren, sondern eher das, was dort nachts passieren wird. Er teilte den anwesenden Nachbarn aber ebenfalls mit, sollte dort keine Skateranlage gebaut werden, würde dies voraussichtlich nichts an dem bereits jetzt vorhandenen Lärm ändern – der Treffpunkt der Jugendlichen würde sehr wahrscheinlich weiter Bestand haben.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, befürwortete den Ratschlag von Herrn Metz, dass sich alle Betroffenen an einen Tisch setzen sollten. Beispielhaft nannte er das Verfahren im Johannesfeld – Verwaltung, Planer, Jugendliche haben die Umsetzung zusammen auf den Weg gebracht.

Herr Schlisio und Herr Herb, sachkundige Bürger, teilten die Meinung, dass die Skateranlage eine Verbesserung für den Stadtteil darstellen würde.

Herr Dr. Warweg, empfahl, dass im nächsten Bau- und Verkehrsausschuss über die Ergebnisse der eventuell geführten Gespräche berichtet werden sollte.

Aufgrund der vorherigen Diskussion erging folgende Festlegung:

Durch die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses wurde empfohlen, dass sich alle Interessenvertreter (Rollrunde e. V., Beteiligungsstruktur Erfurt BÄMM, Jugendliche, betroffene Bürger und die zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung) zusammensetzen, um die Problematik gemeinsam zu besprechen, damit eventuell Kompromisse gefunden werden, die für die weitere Planung der Skateranlage zielführend sind.	DS 0374/19
Über die Ergebnisse ist der Bau- und Verkehrsausschuss durch die Verwaltung schriftlich zu informieren.	
V: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung	
T: 04.04.2019	

**zur Kenntnis genommen**

## 8. Informationen

- 8.1. **Beschlusskontrolle zur DS 0463/18 - Verstärkte Umsetzung des VEP-Radverkehr (Verkehrsentwicklungsplan-Radverkehr)** 0172/19  
**BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes**

Der Tagesordnungspunkt 8.1 wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 4.2 – 4.4 behandelt.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte folgende Nachfragen:

1. Ist absehbar, ob die Stadt Erfurt eine "Radplanungsfachkraft" bekommen wird?
2. Inwieweit die "Radwegewunschliste" (Ortsteile) der Stadt Erfurt bei der Förderung des Landes berücksichtigt wurde?
3. Im Zusammenhang mit der Baumaßnahme in der Leipziger Straße erkundigte er sich, ob eventuell eine andere geplante Maßnahme zurückgestellt werden könnte um in der Leipziger Straße die Radverkehrssituation schon früher, als eventuell geplant, zu verbessern?

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes antwortete wie folgt:

zu 1. Eine Radplanungsfachkraft wird es auch in den nächsten 2 Jahren nicht geben.

zu 2. Die Landeshauptstadt Erfurt wird aus diesem Förderprogramm nicht eine einzige Maßnahme bezahlt bekommen.

zu 3. Alle geplanten Maßnahmen sind bearbeitet und stehen in Reihenfolge fest. Man kann keine Maßnahmen einfach nach hinten stellen, um die Leipziger Straße voranzutreiben.

Die Drucksache wurde

**zur Kenntnis genommen**

## 8.2. Sonstige Informationen

Folgende Festlegung wurde getroffen:

<p>Die ehemalige Wirtschaftszufahrt zum Zoo von der Stotternheimer Straße aus, ist durch eine Schranke Tag und Nacht verschlossen. Die Gründe hierfür sind darzustellen.</p> <p>Im Bereich der Kleingartenanlage "Nordblick" ist festzustellen, dass sämtliche Eingänge generell verschlossen sind und so eine Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit nicht besteht.</p> <p>Durch die Verwaltung ist darzustellen, inwieweit nach Bundeskleingartengesetz mindestens für gewisse Zeiträume eine Begehbarkeit gewährleistet werden muss.</p> <p>V: Beigeordneter für Bau und Verkehr</p> <p>T: 04.04.2019</p>	<p>DS 0376/19</p>
---	-----------------------

gez. Bärwolff  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführerin